NDB-Artikel

Liechtenstein, Aloys Prinz, Politiker, Sozialreformer, * 18.11.1846 Prag, † 25.3.1920 Wien. (katholisch)

Genealogie

V → Franz Prinz (1802–87), k. k. FML, S d. → Johann I. (s. 5);

M Julie (1818–95), T d. Alfred Gf. Potocki u. d. Josephine Prn. Czartoryska;

B Alfred (1842–1907), Politiker;

- ♂ 1) London 1872 Mary Fox (1850–78), *Adoptiv-T* d. Henry Edward Fox, Baron Holland, Großbrit. Gesandter in Florenz, u. d. Augusta Mary Coventry, 2) Wien 1890 Johanna (1849–1925), T d. Fabr. Josef Rr. v. Klinkosch in W. u. d. Elise Swoboda;

4 T aus 1).

Leben

Nach Absolvierung des Schottengymnasiums und der juridischen Studien in Wien sowie dem Militärdienst in einem österr. Husarenregiment trat L. 1869 in den diplomatischen Dienst ein. Als Gesandtschaftsattaché war er bis 1873 in München, London und Berlin tätig. Auf Grund des preuß. Kulturkampfes entstanden erste Kontakte des überzeugten Katholiken L. zu den politischen Führern des deutschen Katholizismus und auch der Entschluß, selbst in der österr. Innenpolitik aktiv zu werden. Er schied daher Ende 1873 auf eigenen Wunsch aus dem diplomatischen Dienst aus. Seine politische Laufbahn begann er im März 1874 mit einer Rede gegen die staalichen kulturpolitischen Gesetzesvorlagen vor dem Kath. Volksverein Niederösterreichs. Vor dem selben Forum hielt er 1875 eine Rede über die soziale Frage, die mit der anschließenden Resolution des Volksvereins zum „Wendepunkt in der kath.-konservativen Parteipolitik“ Österreichs (Schmitz) wurde. Von den Ständen und Berufsgenossenschaften ausgehende Sozialgesetze, Umgestaltung der Gewerbegesetzgebung und Neubildung eines Arbeiterrechtes waren die Forderungen dieser Resolution, die L. 1877 in der Broschüre „Über Interessenvertretung im Staate“ weiter ausführte. Zunächst vom engl. Genossenschaftswesen der „Christian Socialists“ und von dem auf Ideen von Bischof Ketteler von Mainz basierenden Sozialprogramm der deutschen Katholiken beeinflusst, stand er seit Nov. 1875 mit Karl v. Vogelsang, dem neuen Chefredakteur der kath.-konservativen Zeitung „Vaterland“, in Verbindung und arbeitete mit ihm auch auf sozialem Gebiet eng zusammen. Die ersten Ergebnisse dieser Zusammenarbeit verkündete L. beim 1. österr. Katholikentag 1877. Seit 1878 konservativer Abgeordneter im Reichsrat, brachte er 1880

einen Antrag auf Revision des Reichsvolksschulgesetzes von 1869 ein, der zur Schulgesetznovelle von 1883 führte. Ende 1880 gab L. vor dem deutschkonservativen Parteitag in Linz den Anstoß zum Zusammenschluß der Rechtsparteien des Reichsrates zum sog. „Eisernen Ring“. 1881 gründeten die konservativen Abgeordneten aus den Alpenländern einen stärker christlich und sozialreformerisch orientierten Zentrumsclub unter der Führung von L. und dessen Bruder Alfred. 1883 finanzierte L. die Untersuchung Vogelsangs über die materielle Lage des Arbeiterstandes und nahm mit Unternehmern und Arbeitern an der parlamentarischen Enquete anläßlich der geplanten Bestellung von Gewerbeinspektoren teil, was die liberalen Angriffe gegen den „roten Prinzen“ noch verstärkte.

Die Opposition der nationalliberalen „Jung-Tschechen“ trieb L. zum Bruch mit den Konservativen. 1889 legte er die Obmannstelle des Liechtenstein-Klubs nieder und verzichtete auf sein Reichsratsmandat. Seit 1887 in Kontakt mit →Karl Lueger, kandidierte er 1891 für die Christlichsoziale Partei. 1891-1911 vertrat er den Wiener Wahlbezirk Hernals-Ottakring im Reichsrat, 1896-1902 auch im Wiener Landtag. Im Reichsrat gehörte L. neben Lueger und Geßmann zu den ersten sechs christlichsozialen Abgeordneten, deren Partei er eigentlich erst „gesellschaftsfähig“ machte und deren vom Wiener Moraltheologen →Franz Schindler verfaßtes Programm er 1891 vor dem Parlament verkündete. Seit 1896 arbeitete er für den parlamentarischen Zusammenschluß der Kath. Konservativen mit den Christlichsozialen, der 1907, ein Jahr nach der Ernennung L.s zum Landmarschall von Niederösterreich, gelang. Nach dem Tod Luegers 1910 zum christlichsozialen Parteiführer gewählt, befand sich L. in einer bis 1916 dauernden gesundheitlichen Krise, die mit einer durch eigensüchtige Interessenpolitik hervorgerufenen Krise der Partei zusammenfiel. Bei den Reichsratswahlen 1911 verloren die Christlichsozialen ihre führende Stellung in Wien. Auch L. verlor sein Mandat, wurde aber noch im selben Jahr in das Herrenhaus berufen. Obwohl er in der Nationalitätenpolitik immer das Konzept nationaler Autonomie vertreten hatte und von Kaiser und Hof wegen seiner christlichsozialen Parteizugehörigkeit angefeindet worden war, blieb er der Monarchie unerschütterlich treu. Nach ihrem Zusammenbruch legte er alle staatlichen und parteipolitischen Ämter nieder. In der konservativen Wochenschrift „Das Neue Reich“ übte er 1918-20 Kritik an den politischen Zuständen in der Republik und auch an der Politik seiner Partei, die der Ausrufung der Republik zugestimmt und für den Anschluß Österreichs an Deutschland votiert hatte.

Werke

Weitere W Die soz. Frage (Rede), 1877;

Wucherfrage (Vortrag), 1877;

Rede üb. d. Gewerbegesetznovelle, 1882;

Österreich-Ungarns äußere Pol., Die nat. Frage, Das österr. Parlament, Österreichs neue pol. Organisation, 1916.

Literatur

G. Schmitz, Die Entwicklungsgesch. d. christl. Volksbewegung in Österreich (1875-91), Diss. Wien 1938 (*ungedr.*);

F. Lerch, Die Konservativen u. d. österr. soz. Gesetzgebung in d. Ära Taaffe, Diss. Wien 1948 (*ungedr.*);

N. Miko, Die Vereinigung d. christl. soz. Reichspartei u. d. kath.-konservativen Zentrums 1907, Diss. Wien 1949 (*ungedr.*);

F. Funder, Vom Gestern ins Heute, 1952 (1971);

E. Weinzierl-Fischer, in: Gr. Österreicher 14, 1960, S. 96-113;

K. Ebert, Die Anfänge d. modernen Soz. pol. in Österreich, 1975;

E. Weinzierl, in: Kath. Soz. lex., 21980, Sp. 1674-76;

ÖBL.

Autor

Erika Weinzierl

Empfohlene Zitierweise

, „Liechtenstein, Aloys Prinz von und zu“, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 521-522 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften